

Quelle: <https://www.arbeitssicherheit.de//document/07b16658-29ad-38ba-818a-f0b6dee50559>

#### Bibliografie

<b>Titel</b>	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)
<b>Amtliche Abkürzung</b>	OWiG
<b>Normtyp</b>	Gesetz
<b>Normgeber</b>	Bund
<b>Gliederungs-Nr.</b>	454-1

## § 39 OWiG - Mehrfache Zuständigkeit

(1) <sup>1</sup>Sind nach den [§§ 36 bis 38](#) mehrere Verwaltungsbehörden zuständig, so gebührt der Vorzug der Verwaltungsbehörde, die wegen der Tat den Betroffenen zuerst vernommen hat, ihn durch die Polizei zuerst hat vernommen lassen oder der die Akten von der Polizei nach der Vernehmung des Betroffenen zuerst übersandt worden sind. <sup>2</sup>Diese Verwaltungsbehörde kann in den Fällen des [§ 38](#) das Verfahren wegen der zusammenhängenden Tat wieder abtrennen.

(2) <sup>1</sup>In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 kann die Verfolgung und Ahndung jedoch einer anderen der zuständigen Verwaltungsbehörden durch eine Vereinbarung dieser Verwaltungsbehörden übertragen werden, wenn dies zur Beschleunigung oder Vereinfachung des Verfahrens oder aus anderen Gründen sachdienlich erscheint. <sup>2</sup>Sind mehrere Verwaltungsbehörden sachlich zuständig, so soll die Verwaltungsbehörde, der nach Absatz 1 Satz 1 der Vorzug gebührt, die anderen sachlich zuständigen Verwaltungsbehörden spätestens vor dem Abschluss der Ermittlungen hören.

(3) Kommt eine Vereinbarung nach Absatz 2 Satz 1 nicht zu Stande, so entscheidet auf Antrag einer der beteiligten Verwaltungsbehörden

1. die  gemeinsame  nächsthöhere Verwaltungsbehörde,
2.  wenn eine gemeinsame höhere Verwaltungsbehörde fehlt, das nach [§ 68](#) zuständige gemeinsame Gericht und,
3.  wenn nach [§ 68](#) verschiedene Gerichte zuständig wären, das für diese Gerichte gemeinsame obere Gericht.

(4) In den Fällen der Absätze 2 und 3 kann die Übertragung in gleicher Weise wieder aufgehoben werden.

